Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 25 — Sonnabend, den 18. Juni 1927 — 31. Jahrgang

Zum Abschluß der Basalt-Aktiengesellschaft.

Das größte Unternehmen der Basaltindustrie legt ihre Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vor. Sie ist schlechter als im letzten Geschäftsjahr. So eigentümlich es auch klingt, Schuld an diesem ungünstigen Abschluß soll der englische Bergarbeiterstreik und daneben der lang anhaltende Streik der schwedischen Steinarbeiter sein. Unsere Kollegen werden so etwas auf den ersten Blick nicht verstehen können. Sie vermögen nicht zu begreifen, daß ausländische Streiks, zumal in einer vollständig berufsfremden Industrie, auf den Abschluß einer deutschen Gesellschaft der Basaltindustrie von so erheblichen Einfluß sein können. Doch man kommt dem Geheimnis schon näher, wenn man berücksichtigt, daß die Basalt-A.-G. zum großen Teile eine Holdinggesellschaft ist. Sie hat neben einer großen Reihe eigener Betriebe Effekten von in- und ausländischen Tochtergesellschaften im Besitz. Diese hält sie in ihrem Portefeuille, um die Kontrolle nicht zu verlieren. Eine Holdinggesellschaft ist natürlich nicht allein auf den Ertrag der eigenen Produktionsunternehmungen, sondern wesentlich auch auf die Verzinsungsmöglichkeiten ihrer Effekten angewiesen, will sie das Geschäftsjahr günstig abschließen. Und weil die schwedischen Tochtergesellschaften der Basalt-A.-G. in einen längeren Streik verwickelt waren, und diese infolgedessen ohne Ertrag blieben, mußte dies ungünstig auf die Bilanz einwirken. Inwieweit die Basalt-A.-G. andere Unternehmungen beherrscht, soll weiter unten erläutert werden.

Der englische Bergarbeiterstreik, als die andere Absonderheit, wirkte indirekt auf die Bilanz im ungünstigen Sinne ein. Der englische Streik war bekanntlich für große Teile der deutschen Industrie ein Segen. Man führt den Anstoß zur deutschen Konjunktur auf ihn zurück. Die Kohlen- und Eisenindustrie hatte von ihm einen gewaltigen Nutzen. Die Eisenbahn und die deutsche Schiffahrt ebenfalls. Der polnische Staat hat dem Streik der englischen Kumpels seine direkte Erholung zu verdanken. Doch „wat dem eenen sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall". So war es schon zu den Zeiten Fritz Reuters und so ist es auch heute noch, wie der Abschluß der Basalt-A.-G. zeigt. Der Bergarbeiterstreik in England hatte nämlich eine ungeheure Steigerung der Rheinfrachten im Gefolge. Und da das Unternehmen große Abschlüsse nach dem Niederrhein, nach Holland und England getätigt hatte, die zu den einmal abgemachten Bedingungen ausgeführt werden mußten, so war es natürlich sehr wesentlich, wenn die Rheinfrachten bis auf 300 Prozent der Normalsätze in die Höhe gingen. Dadurch wurden die Gewinne natürlich vermindert, wenn nicht ganz aufgezehrt.

Zu dem Abschluß selbst einige Zahlen. (Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf das vorhergehende Geschäftsjahr.) Der Bruttogewinn betrug 4,023 Millionen Mark (5,491 Millionen Mark); die Unkosten machten 2,158 Millionen Mark (2,101 Millionen Mark) aus. Für die gewöhnlichen Amortisationen wurden 1,439 Millionen Mark (1,306 plus 511 667 Mark Sonderabschreibungen) in Ansatz gebracht. Mithin verbleibt ein Reingewinn von 454 108 Mark (1,572 Millionen Mark). Dieser Reingewinn wird wie folgt zur Verwendung vorgeschlagen: 21 323 Mark erhält der Reservefonds, 132 000 Mark sollen an Tantiemen gezahlt und 300 784 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Dividenden werden nicht verteilt. Beachtenswert ist die hohe Summe für Tantiemen. Angesichts dessen, daß die Aktionäre diesmal leer ausgehen, hätte man erwartet, daß die Mitglieder des Aufsichtsrats und die sonstigen Tantiemenempfänger auf eine kleinere Entschädigung schon von sich aus gedrungen hätten. Aber die Herren denken anscheinend: nimm, was du kriegen kannst, der Rest ist für die Gottlosen! In der Bilanz hat sich wenig verändert. Die Gesellschaft war bekanntlich die erste, die in Deutschland sogenannte Konvertiblebonds zur Ausgabe brachte. Diese sind in Amerika längst bekannt. Es sind Obligationen mit dem Umtauschrecht auf Stammaktien. Die Besitzer der Konvertiblebonds haben von ihrem Tauschrecht fast noch keinen Gebrauch gemacht.

In welchem Maße die Basalt-A.-G. den Charakter einer Holdinggesellschaft hat, ist schon aus der Bilanz ersichtlich. Neben dem Aktienkapital von 24 Millionen Mark weist die Bilanz ein Beteiligungskonto von 13 786 943 Mark aus. Von den Tochtergesellschaften der Basalt-A.-G. seien erwähnt: die Rhein-Sieg-Eisenbahn-A.-G., Beuel-Rhein; die Lahn-Basalt- und Lavawerke, Geilnau-Lahn; die Kasseler Basalt-Industrie-A.-G., Kassel; die A.-G. Eiserfelder Steinwerke, Eiserfeld-Sieg; die Schmelzbasalt-A.-G., Linz; die Pfalz-Saarbrücker Hartstein-Industrie-A.-G., Neustadt; die Sächsische Granit-A.-G., Dresden; die Straßenbau-A.-G., Niederlahnstein; die Wegebaugesellschaft m. b. H., Düsseldorf und die H. Reinarz Zementwarenfabrik, G. m. b. H., Düsseldorf-Heerdt. Ferner hat die Basalt-A.-G. maßgebende Beteiligungen an schwedischen Gesellschaften, die ja mehr oder weniger das ungünstige Abschlußergebnis herbeigeführt haben. Interessengemeinschaften bestehen mit der Compagnie Générale du Basalte in Paris und der N. V. Maatschappij Wegenbouw in Utrecht (Holland). Die Wegebaugesellschaften der Firma haben im abgelaufenen Geschäftsjahr ein gutes Ergebnis zu verzeichnen. Die Rhein-Sieg-Eisenbahn-A.-G. litt unter den Besatzungsfolgen und die Pfalz-Saarbrücker-Hartsteinindustrie an politischen Schwierigkeiten.

Ueberblickt man den Wirkungsbereich der Basalt-A.-G., so muß man feststellen, daß man es hier mit einem Großunternehmen zu tun hat, das weit über die Landesgrenzen hinaus strahlt. Den riesigen Kranz von Tochtergesellschaften hat sich die Basalt-A.-G. erst nach dem Kriege zugelegt. Als Außenstehender kann man über eine solche Expansion kein genaues Urteil abgeben, jedoch scheint es uns, daß man sich etwas übernommen hat. Wenn alle Welt an Größenwahn leidet, so braucht die sonst im Gesamtrahmen der Wirtschaft so bescheiden auftretende Basaltindustrie nicht unbedingt in diesen Fehler zu verfallen. In der Vorkriegszeit hatte das Unternehmen ein Aktienkapital von 7,5 Millionen Mark, jetzt dagegen 24 Millionen Mark, das ist immerhin ein Unterschied 7,5 Millionen Mark oder das Dreifache verzinsen zu müssen. In dem kürzlich unter dem Namen Basalt-Union gegründeten Syndikat hat die Basalt-A.-G. die höchste Quote, mit ihren Tochtergesellschaften ist sie ausschlaggebend. Leider liest man von der Wirkung dieses Zusammenschlusses nichts im Geschäftsbericht. Warum diese Geheimtuerei? Ein Anlaß ist doch wohl nicht vorhanden.

Im neuen jetzt laufenden Geschäftsjahr hat sich das Geschäft gut angelassen. Die Gesellschaft tröstet denn auch ihre Aktionäre, daß sie, wenn sich die Verhältnisse nicht ganz außergewöhnlich verschlechtern, diesmal bestimmt auf ein gutes Ergebnis rechnen können. Warten wir ab! Wir haben den Abschluß an dieser Stelle deshalb so ausführlich behandelt, weil wir unseren Kollegen einmal einen Einblick verschaffen wollten. Festzustellen ist, und das ist sehr wesentlich, daß die deutschen Produktionsbetriebe an dem dividendenlosen Ergebnis nicht die Schuld tragen. Eine so weit verflochtene Unternehmung muß natürlich damit rechnen, daß sich Nackenschläge einstellen. Aber man komme unseren Kollegen nicht mit Klagen hierüber.

Freude und Entrüstung.

Die „Steinarbeiter-Zeitung", das Blatt der christlich organisierten Steinarbeiter, das alle 2 Wochen erscheint, freut sich in der Nr. 12 vom 11. Juni 1927 wie ein Schneekönig über einige Sätze in unserem Begrüßungsartikel zum Frankfurter Verbandstag. Neben der Freude kommt aber auch eine künstliche Aufregung und Entrüstung zum Ausdruck, weil in unserer Betriebsstatistik die Mitgliederzahl der christlich organisierten Steinarbeiter so kläglich, so bedeutungslos abfallen im Vergleich zu den Ziffern unseres Verbandes. Abfallen allerdings in dem von uns erfaßten Geltungsbereich unseres Verbandes; wir heben das mit Absicht hervor.

Warum die unbändig kindliche Freude des Blattes? Nun, wir schrieben im „Steinarbeiter" von der „Idee der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung", gemeint sind die freien Gewerkschaften. Darüber das Aufatmen in der Redaktion der christlichen Zeitung und von ihr die geistreiche Bemerkung: „Der Steinarbeiter, das offizielle Verbandsorgan, hält jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den Schleier fallen zu lassen." Das ist in der Tat einfach fürchterlich für alle alten schwarzen Tanten! Wir fragen: Sollte der Redakteur des christlichen Blattes, der christlich organisierten Steinarbeiter, wirklich noch nicht gewußt haben, daß die freien Gewerkschaften seit ihrem Bestehen bis heute eine sozialistische Tendenz haben? und diese auch pflegen? Sollte der Redakteur des christlichen Blattes wirklich noch nichts davon gehört, gelesen und begriffen haben, daß die freien Gewerkschaften und besonders der Zentralverband der Steinarbeiter, diese Tendenz noch nie geleugnet haben? Weiß der Redakteur des christlichen Blattes wirklich nicht, daß das Wort „freien" vor den Verbänden für diese und andere Nicht-Begriffsstutzige soviel bedeutet, daß diese Organisationen von keiner politischen Partei abhängig sind, also in sich ganz selbständige Gebilde darstellen? Ein Gewerkschaftsredakteur müßte mindestens wissen und beherrschen, was seine Verbandsmitglieder aus der gewerkschaftlichen Praxis längst intus haben. Im übrigen hat die christliche Steinarbeiterzeitung und ihr Vorläufer schon mehr wie einmal in den zurückliegenden Jahren, die von uns glossierte „sozialistische" Entdeckung gemacht, denn in früheren Jahren war das mehr wie heute eiserner Bestand der christlichen Agitationsmittel, zumal in den kleineren Orten, wo der Pfarrer noch einen großen Einfluß hat auf das menschliche Tun und Lassen. Das letztere kommt heute natürlich auch noch vor und wir glauben, der christliche Berufsverband möchte das auch durchaus nicht missen, allein schon im Hinblick auf seinen Mitgliederbestand, über den so mancher Pfarrer schützend seine Hände hält. Doch abgesehen davon, wenn nun von christlicher Gewerkschaftsseite das „sozialistische" der freien Gewerkschaften immer als etwas Funkelnagelneues wiederholt entdeckt wird, dann hat das viel Aehnlichkeit mit der vor Jahren mehrmals erfolgten Entdeckung des Nordpols. Aber allen Ernstes möchten wir doch raten, daß die Redaktion der christlichen Steinarbeiterzeitung ihre längst überholten Konzepte und Manuskripte von anno dazumal aus der München-Gladbacher Drill- und Lehranstalt dem Papierkorb einverleibt; dadurch wird auch der Blick viel klarer für die Gegenwart und für die Wirklichkeit und man braucht dann nicht durch die „Brille des Zentralverbandes der Steinarbeiter" zu äugeln oder richtiger gesagt zu schielen.

Im weiteren mimt, wie bereits einleitend bemerkt, die christliche Zeitung auch Entrüstung, weil in unserer Betriebsstatistik, aus der der „Steinarbeiter" einen Auszug brachte, der christliche „Berufsverband deutscher Steinarbeiter" nur mit ganze 2429 Mitglieder erfaßt wurde. Den Schmerz können wir würdigen, aber die Entrüstung ist tatsächlich künstlich und altjungferlich. Wir können doch wirklich nicht davor, wenn die christliche Organisation unter den von uns gezählten 66 221 Beschäftigten in 2220 Betrieben nur 2429 Mitglieder aufweist! Denn aus der Zählung und unserer Veröffentlichung geht auch ganz klar hervor, daß nicht einmal die Mitgliederzahl unseres Verbandes voll erfaßt wurde. Also weshalb dann die Aufregung? — Was nun die christliche Zeitung aus unserer Betriebsstatistik für Schlußfolgerungen zieht, ist lediglich ihre Sache, das unrichtige daran werden die christlich organisierten Steinarbeiter sehr leicht selbst feststellen können. Doch zurückweisen wollen wir mit allem Nachdruck die Unwahrheiten, verbunden mit Großmäuligkeit gegen uns, ohne daß wir im einzelnen auf diese eingehen. Wir haben gewiß anderes zu tun, wie einen kläffenden Köter von vorwärtsstrebenden Wegen abzuhalten, denn der hört immer von selber auf, wenn er heiser wird oder irgendwo einen Knochen findet. Die christlichen Gewerkschaften allgemein und der Berufsverband der Steinarbeiter im besonderen sind bekanntlich recht empfindlich, wenn die Rede auf ihre Mitgliederzahl kommt. Und wenn nun wegen der in unserem Verbandsbereich im März 1926 ermittelten 2429 christlich organisierten Steinarbeiter gegen 55 942 Mitglieder unseres Verbandes in der christlichen Redaktion sich so etwas wie ein Drehwurm einstellt, so daß nun mit einem Vergrößerungsglas die christlich organisierten Steinarbeiter in ganz Deutschland zusammengesucht werden und dadurch deren Zahl groß, größer und noch größer erscheint, so macht uns das gewiß Spaß, aber an dem Drehwurm und dem Gebrauch des Vergrößerungsglases sind wir wirklich ganz unschuldig. Hoffentlich wird es dort bald wieder normal, sonst kommt schließlich der ganze christliche Berufsverbandsapparat, der mehr klappert und Radau macht, als ihm nach seinem Unterbau wirklich zusteht, noch mehr in Unordnung. Für heute mag diese Feststellung genügen. Auf die sonstigen schwarzgefärbten Worte des christlichen Blattes gehen wir nicht ein, denn mit aufgeregten Menschen muß man immer, soweit es angeht, Nachsicht haben. Vielleicht nimmt sich aber der christliche Berufsverband der Steinarbeiter die offene Behandlung des Zentralverbandes der Steinarbeiter, was seine Mitgliederbewegung, -nachweis, -bestand, was Kassenverwaltung, Zahlstellen, Statistik usw. anbetrifft, einmal zum Muster. Unser Verband mit seiner „sozialistischen" Tendenz spielt hierin immer mit offenen Karten, wir brauchen uns in keiner Hinsicht zu genieren, auch die Mitglieder wollen schließlich wissen, was los ist. Solche offene Behandlungsweise des inneren Gefüges der Organisation ist schließlich auch ein Beweis von Stärke und Selbstbewußtsein. Und macht sich auch viel offener und verständlicher als alle Heimlichkeiten, die mit vielen Worten etwas bemänteln, was letzten Endes die Spatzen von den Dächern pfeifen.

Also christlicher Berufsverband der Steinarbeiter, mache das nur nach! Dann braucht deine Redaktion nicht immer um solche Fragen herumzuschreiben und herumzuschleichen wie die Katze um den heißen Brei! Sie braucht dann keine Aufregung zu mimen, weil Zahlen bekanntlich die besten Unterlagen und Beweise sind.

Vom 11. Verbandstag.

3. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Verhandlungen macht Kehl, Frankfurt, die betrübende Mitteilung von dem Tode des Kollegen Poth, langjährigen Vorsitzenden der Zahlstelle Frankfurt a. M. (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen.) Diesem Kollegen hat die Zahlstelle zu verdanken, daß sie auf der jetzigen Höhe sich befindet. Er ist das Opfer der Steinmetz-Berufskrankheit geworden. Auch politisch war der Verstorbene sehr tätig. Stadtverordneter und im Kommunal-Landtag waren noch seine ehrenamtlichen Funktionen. Mit großer Freude und Erwartung sah er dem heutigen Verbandstag entgegen, dem er nicht mehr beiwohnen konnte. Ein ehrendes Andenken in unseren Reihen sei dem Kollegen Poth sicher.

In der Fortsetzung der Diskussion über den Geschäftsbericht erhält das Wort der Kollege

Walther, der meint, daß durch Veränderung der Gaugrenzen nach dem 5. Gau dem Wunsche einzelner Vertreter vom Gau Nordwest ohne Neuanstellung entgegengekommen werde, dadurch könnte der Kollege Göckemeier entlastet werden. Redner wendet sich gegen die Verschmelzungsanträge, eine finanzielle Hilfe, wie einige Befürworter annehmen, bringe der Zusammenschluß nicht nur die Bundeshilfe werde dadurch wahrscheinlicher. — In der Sitzverlegung unterstreicht er die Ausführungen von Neumüller, Elsner und Mühle. Dann bespricht Walther die sächsischen politischen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Schritt des Redakteurs. Was in Preußen und in andern Ländern als richtig gelte, sei in Sachsen Verräterei.

Sydow, Senftenberg, wünscht, daß bei den Beratungen nicht allein die Vergangenheit in Betracht komme, sondern vor allem die Zukunft. Wichtig ist der internationale Zusammenschluß der Arbeiter nach dem kapitalistischen Muster. Die Entschließung Anders (England und Rußland) müsse angenommen werden. Von der KPD habe er keine Anträge bekommen, aber er wisse, daß zu Beginn des Verbandstages eine „Fraktionssitzung" stattgefunden habe gegen die Opposition. (Widerspruch. Der Kollege verwechselte gewiß die Beratung der Statutenkommission. Red.) Dann spricht Redner noch über die Hauszinssteuer und ADGB. Von seiner Zahlstelle hat er den Auftrag, gegen den Redakteur zu sprechen. Aber es sei schon von anderer Seite genügend geschehen. Die Bewegung „Nie wieder Krieg" müsse von uns vielmehr unterstützt werden.

Pretzsch, Halle, stimmt den Abänderungsvorschlägen des Bundesvertreters zu der Entschließung des Vorstandes in Sachen der Industrieverbände zu. Eine Abkapselung schädige uns. Den Antrag 9 haben die Haller Kollegen bereits durch schriftliche Mitteilung zurückgezogen, denn die Gaukonferenz hat ihn abgelehnt. Ueber die Rührigkeit der KPD in der Antragsformulierung freue er sich im Gegensatz zu Fuchs, denn der ADGB stehe ja auch in Verbindung mit der SPD. Er habe die Auffassung, daß ein Funktionär auch für seine politische Ueberzeugung eintreten müsse, auch als Redakteur im Fachblatt, deshalb bleibe der Mißtrauensantrag gegen Siebold bestehen. Im übrigen bleibe er dabei gegenüber Mühle, daß wir zugunsten der Unternehmer wirken, wenn wir ohne Kontrolle der Preise für ihre Erhöhung eintreten.

Schlegel, Halle, regt eine Fachgruppenkonferenz für das Steinmetzgewerbe an, die Verdrängung des Natursteins durch Kunststein bedinge das. Redner führt Beispiele an, wo die Kollegen beim Kunststeinbearbeiten sich unerhört unterbieten. — Die Verschmelzungsgegner haben durch die Entwicklung und die Vorgänge auf den betreffenden Gebieten Recht behalten; in der Steinindustrie haben wir noch ein sehr großes Feld zu beackern. Den Schritt Siebolds verurteilt er. Ein Führer müsse vorbildlich auf die Kollegen wirken.

Da Corta hebt hervor, daß er nicht als 2. Kassierer anwesend ist, sondern als Vertreter der Pflastersteinarbeiter im besoldeten Vorstand. Der Antrag 218 sei wohl mehr aus Unkenntnis entstanden. Daß bei evtl. Neueinstellungen die Pflastersteinbranche berücksichtigt werde, sei selbstverständlich, aber es müßten sich natürlich auch geeignete Bewerber melden. Redner wendet sich dagegen, als seien große Bewegungen abgebremst worden, in allen solchen Angelegenheiten sei der Vorstand mit der Gauleitung und Bezirksleitung immer konform gegangen. Die annehmbare Lösung des Antrages 64 durch Kollegen Müller begrüße er, denn eine Konferenz sei wertvoller als ein jetzt gefaßter Beschluß.

Jeschke, Löbau, hebt hervor, daß Prinzip bleiben muß, bei schlechtem Geschäftsgang die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern zu lassen und sie bei günstigeren zu verbessern. Redner befürwortet den Antrag 67 (gegen Vorstand und Gauleiter Schmidt). In der Zusammenarbeit der beiden gewerkschaftlichen Internationalen seien die Hinderer nur die Führer, die Arbeiter in den Betrieben seien einig. Auch der Antrag 56 wird von ihm befürwortet. Zum Schluß wünscht er eine Förderung der Internationalen Arbeiterhilfe, denn es ist eine überparteiliche Organisation. (Widerspruch.)

Ein Antrag auf Debatteschluß von Müller, Hohburg, wird abgelehnt.

Brinkmann, Bielefeld: Als erfahrene Gewerkschafter sollten wir keine Prinzipienreiterei und Nörgelei treiben, sondern zusammen arbeiten zum Wohle der gesamten Kollegen. Die Anstellung Kirfels war gewiß ein Fehler, die Organisation hat darunter im Rheinland sehr gelitten. Intelligenz und Hochstapelei wohnen leider oft beieinander. Die Schreibweise des „Steinarbeiter" habe seiner Zahlstelle noch keinen Schaden zugefügt. Redner behandelt dann das Lehrlingswesen in seinem Bezirk. Die Wanderkurse begrüße er. Extrabeiträge seien nicht beliebt. Den Antrag 12 (gegen Amnestie im Verband) bitte er anzunehmen.

Taege, Berlin: Es ist bald mehr von politischen Ideen gesprochen worden, wie von gewerkschaftlicher Taktik. Der Kollege Anders hat hier besondere Töne angeschlagen, aber die Berliner Kollegen folgen seinen Darlegungen nicht. Auch was er über evtl. Beschlagnahme der Streikgelder von der Regierung gesagt habe, sei wohl irrig. Taege bespricht dann das Zustandekommen des Berliner Antrages gegen Siebold, der Antrag habe vorher eine viel schärfere Fassung gehabt. Aus einem Mißtrauen sei nur eine Mißbilligung geworden. Redner befürwortet eingehend die Sitzverlegung nach Berlin. Das sei nicht so aufzufassen, daß morgen schon eingepackt werden soll, sondern, wenn die Verhältnisse es gestatten. Ein neuer Antrag in diesem Sinne wird von ihm eingereicht.

Linke behandelt eingehend die vom Bundesvertreter Eggert besprochene Verschmelzungsfrage an Hand des Beschlusses vom Breslauer Gewerkschaftskongreß und die Erfahrungen, die der frühere Steinsetzerverband in der Ausführung der Urabstimmung gemacht hat. Der Breslauer Beschluß sei bekanntlich ein Kompromiß, das heute keinen recht befriedige. Die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses wird unter allen Umständen von der Bundessatzung anerkannt, wobei die Mitglieder ein gewichtiges, ja das entscheidende Wort mitzureden haben. Redner legt dar, daß der Steinarbeiterverband ein Industrieverband ist, wenn hinter der Mitgliedsziffer noch eine Null fehle, so liege das an der Industrie, sei aber kein Gegenbeweis. Außenstehende könnten niemals entscheiden, ob die Organisation die gesamte Industrie umfasse. Im Steinarbeiterverbande sind fast alle einzelnen Gruppen für sich ein abgeschlossener Beruf, ein etwaiger Wechsel von der einen in die andere Gruppe ist zum großen Teil unmöglich, gemeinsam ist ihnen nur die Hantierung mit Natursteinen. Die Steinsetzer haben in der Verschmelzung den richtigen Weg gefunden, worüber man heute sich nur beglückwünschen könne.

Melzer, Chemnitz, bemerkt einleitend, daß er zwar noch keine großen Erfahrungen in Gewerkschaftsfragen habe, aber dennoch den Antrag 93 (gegen den Redakteur) vertrete. Wenn die Delegierten die sächsischen Verhältnisse besser kennen würden, würden sie anders urteilen. Redner erklärt dann, wie der Antrag zustandekam, das Schiedsgericht der SPD gegen einen Landtagsabgeordneten, an der Siebold „widerrechtlich" teilgenommen. Der Artikel in der KPD-Presse ist erst dann erschienen, als der „Steinarbeiter" nichts brachte. Die Politik der ASP liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften, er ersuche um Zustimmung zum Antrag 93, dem sich eine Reihe Zahlstelln angeschlossen haben.

Koch, Düsseldorf, bezweifelt den Wert der von Schlegel angeregten Konferenz. Die Wanderkurse begrüße er, nur halte er es für ein Unding, wenn vor jüngeren Kollegen an einem Tage 8 Stunden lang drei verschiedene Themen behandelt werden. Hinter jeder Stunde müsse eine Art Arbeitsgemeinschaft folgen, in der festgestellt werden kann, was von dem Gehörten erfaßt wurde. Redner behandelt dann die Rückgängigmachung des Ausschlusses von Knopp in Köln durch den Verbandsausschuß und verließt dazu ein Schreiben vom Kölner Zahlstellenvorstand.

Neumüller, Beucha, schließt sich betreffs des Antrages 218 den Ausführungen von Reis und da Corta an, auch die Anregung Müllers, an Stelle des Antrages 64 eine Konferenz Stellung nehmen zu lassen, unterstütze er. Hauptsache bleibe immer die Arbeitszeitverkürzung. — Stahlhelmer haben keinen Platz in unserem Verbande. Der Antrag 86 sei nicht annehmbar, denn die Pressekommission will auch nicht, daß jeder Bericht ungekürzt aufgenommen wird. Unser Blatt muß auf seiner geistigen Höhe bleiben. Auch der „Steinarbeiter" habe das Prestige des Verbandes zu wahren. Redner wendet sich nochmals gegen eine Sitzverlegung des Verbandes. Sachlich und finanziell ist sie nicht tragbar.

Henkelmann, München, befürwortet den Antrag 219, der für Süddeutschland die Anstellung eines Gauleiters für das Steinsetzgewerbe verlangt, es liegen außerdem noch weitere Anstellungsanträge vor für andere Bezirke. Sei das Bedürfnis in diesen größer, würden sie einverstanden sein, wenn eine Zurückstellung des Antrages 219 bis zum nächsten Verbandstag erfolgt. Redner begründet noch die Anträge 75 und 230.

Anders, Berlin: Er habe in sachlicher Weise versucht, auch die politischen Begebenheiten zu würdigen, auch außerparlamentarischer Mittel bedarf es, um einigen der Anträge Geltung zu verschaffen, so die Hauszinssteuer. International müssen wir alles unterstützen, was zu einer Einheitlichkeit führt; er empfiehlt den korporativen Beitritt zur Internationalen Arbeiterhilfe.

Kraus, Nürnberg: Unsere Zahlstelle hat noch nie Differenzen mit dem Hauptvorstand gehabt, sind auch mit seiner Tätigkeit einverstanden. Die sächsischen Parteiverhältnisse dürfen im Gewerkschaftsleben keine Rolle spielen. Auf keinen Fall darf die Kritik über das zulässige Maß hinausgehen. Mit der Schreibweise des Redakteurs sind wir einverstanden. Redner spricht dann gegen die beantragte Sitzverlegung. Vergleicht eine Verschmelzung mit einer unglücklichen Heirat und schildert dann Nürnberger Lohnverhältnisse.

Hentschel, Königshain, geht auf die Lehrlingsverhältnisse in seinem Bezirk näher ein. Wir müssen versuchen, im Reichsarbeitsvertrag diese Frage mit zu regeln. Ohne Beitragserhöhung werden wir kaum wegkommen, im Hinblick auf Erhöhung der Streikunterstützung sei das auch sehr notwendig. Antrag 205 sei anzunehmen, dagegen 202 und 203 abzulehnen. Das erfülle die Volksfürsorge schon, wenn man dort Mitglied werde. Kollege Schmidt habe sicher zum Besten der Kollegen gehandelt.

Schütt, Rostock, weist nach, daß Kollege Jaschke, Löbau, über den Fichtelgebirgstarif falsch informiert ist, deshalb sei auch der Antrag 67 ganz unangebracht. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei sehr notwendig, seine Zahlstelle hat das ebenfalls beantragt, ist aber in der Vorlage nicht genannt. Mehr Aufklärung unter den Betriebsräten sei nötig, damit diese ihre Machtbefugnisse besser erfassen und ausnutzen.

Jeschke, Löbau: Auf Grund der Debatte und auf meine Verantwortung ziehe ich den Antrag 67 zurück. Vielleicht ist es angebracht, daß der Gauleiter Schmidt zu einer Versammlung nach Löbau kommt.

Pausch, Kirchenlamitz, schildert die Vorgänge beim Abschluß des Fichtelgebirgstarifs, die Angriffe gegen Schmidt sind unberechtigt.

Gigler, Wunsiedel, polemisiert gegen einzelne Ausführungen Wunderlichs und bespricht nochmals den Tarifabschluß in Oberfranken.

Schenke befürwortet den Antrag 8 (Sitzverlegung). Er habe den Eindruck, daß man mehr mit Gefühlsmomenten den Antrag bekämpfe. Die Wohnungsfrage könne leichter gelöst werden, wie man annehme. Die Praxis spreche für die Verlegung. Die Belange der Pflastersteine- und Schottergruppe würden auch an dem neuen Sitz vollauf gewahrt werden.

Braun, Köln, verbreitet sich über die Tätigkeit des Fachausschusses für Rheinland-Westfalen, dem er angehöre, dort sei es möglich gewesen, für die Natursteinindustrie zu wirken. — Die Verhältnisse im „Scharriergewerbe" (Kunststein und Beton) sind einfach katastrophal, hier beuten sich die Kollegen gegenseitig aus. In der Verschmelzungsfrage haben viele unserer Mitglieder umgelernt, und zwar jene, die mit eigenem Denken die Entwicklung verfolgt haben; heute sind diese Kollegen Gegner eines Anschlusses an einen größeren Verband. Zur Sitzverlegung wären vielleicht Verbandshaus-Marken angebracht, so wie es andere Verbände zum Teil auch gemacht haben.

Probst, Büchlberg. Der Geschäftsbericht stelle ihn und seine Kollegen zufrieden. Die Kollegen im bayrischen Wald haben nicht den Gauleiter Schmidt wegen dem Tarifabschluß kritisiert, sondern das Verhalten der Mitglieder. Probst tritt dafür ein, daß die Bezirksleiter mit beratender Stimme an den Verbandtagen teilnehmen.

Eggert, Gruiten, bespricht die Unfallgefahren in den Kalksteinbrüchen. Die überlange Arbeitszeit trage viel Schuld daran. In einem Jahre sind dort in einem Betriebe 10 Tote durch Unfall zu beklagen. Unsere Aufgabe muß sein, unter den § 7 des neuen Arbeitsschutzgesetzes zu kommen. Redner schildert dann die Zustände, die durch das Herumgrasen nach Mitgliedern von anderen nicht zuständigen Organisationen im Kalksteingebiet geschaffen wurden.

Vor Schluß der Tagung am Mittwoch weist Eggert, der Vertreter des ADGB, darauf hin, daß er Wert darauf lege, so verstanden zu werden, wie er gesagt habe. Keinesfalls sei ihm eingefallen, eine bestimmte Organisation zu nennen, die für den Steinarbeiterverband bei einer eventuellen Verschmelzung in Frage komme. Er habe aber gewünscht, daß die Fassung der Entschließung geändert werde; Klugheit gebiete das schon.

Am Mittwochnachmittag machen die Delegierten einen Ausflug nach Homburg v. d. Höhe und von da nach dem Römerkastell Saalburg.

4. Verhandlungstag.

Es werden unter dem Vorsitz des Kollegen Elsner die Schlußberichte entgegengenommen. Geist verzichtet aufs Schlußwort, da am Kassenbericht fast keine Kritik erfolgt sei.

Siebold meint einleitend, die eingehende Aussprache zum Bericht habe sein Vertrauen in die gesunde Urteilskraft der Delegierten nicht erschüttert. Daran habe auch der Kollege Melzer aus Chemnitz mit seinen schon vielmals richtiggestellten Ausführungen nichts ändern können. Ob es Unvermögen oder böser Wille sei, möge dahingestellt bleiben. Er empfiehlt diesem Kollegen, sich den Ausspruch von den Hamburger Delegierten anzueignen, erst eine Sache beurteilen lernen, ehe die Verurteilung kommt. Die im allgemeinen objektive Würdigung der Vorgänge freue ihn, weniger wegen seiner Person, sondern weil er wohl nachempfinden könne, daß politisch rege Kollegen in der SPD seinen Schritt mißbilligen. Der Kieler Parteitag habe wohl auch manchem unserer Verbandsmitglieder deutlich gezeigt, wieso es in Sachsen zu der Trennung kommen konnte. Nach weiteren Darlegungen zu dieser Angelegenheit sagte Redner unter Zustimmung der Delegierten: Wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, an der Stelle weiterzuwirken wie bisher, daß er sich dann ehrlich und bestimmt bemühen werde, das gewerkschaftliche und persönliche Vertrauen, was in der Aussprache dennoch wiederholt zum Ausdruck kam, zu rechtfertigen. Im weiteren geht Redner auf einige andere Aeußerungen der Debatteredner näher ein. Dem Kollegen Anders empfiehlt er, vom Marxzitieren abzulassen, damit werde überhaupt viel Unfug getrieben, denn jeder klaubt sich heraus, was ihm gefällt, wodurch das große Werk dieses sozialistischen Denkers und Theoretikers den Massen nicht nähergebracht wird. Aber ausnahmsweise wolle er auch ein Marxzitat bringen. In einem Vortrag im Generalrat der ersten Internationale hat Marx über Gewerkschaften folgendes gesagt:

> „Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das ihnen den Todesstoß geben."

Dieser Ausspruch von Marx sollte besonders von den linksstehenden Kollegen beachtet und befolgt werden.

Dann wendet sich Redner gegen Aeußerungen der Kollegen Montag, Pretzsch, Riedel und Schuster. Durch die brüske Art, wie Pretzsch sich beim Ausschußvorsitzenden nach einer Gehaltserhöhung erkundigte, sei ihm ein Vers aus einer Hamburger Wirtschaft in Erinnerung gerufen, der lautet:

> „Büst du'n Knecht bin sworen Bur,
> hest du'n Leben hart und sur;
> büst du aber Knecht bin Knecht,
> arme Jung, dann geiht's dir slecht!"

Riedel gegenüber wurde bemerkt, daß der „Steinarbeiter" über Betriebsräteangelegenheiten genügend Abhandlungen bringt und warum die Betriebsrätebeilage nicht mehr erscheint, daß sei eingehend dargelegt in der ersten Nummer der Technischen Beilage. Ein Funktionär müsse das noch wissen. Schuster habe die Festartikel (Weihnachten usw.) mit den Augen eines Freidenkers gemessen, das gehe nicht in einem Gewerkschaftsorgan. Kürzlich habe er aus Anlaß eines Todesfalls von „einer höheren Macht" geschrieben und sei deshalb mehr wie einmal von einem Freidenker examiniert worden, was „höhere Macht" sei. Und umgekehrt gefallen die betreffenden Festartikel den religiös eingestellten Kollegen nicht. — Die Wanderkurse möchten auf 4 Tage ausgedehnt werden, darüber hinaus nicht. Der Verband gebe in allernächster Zeit neben dem Werk von Knoll noch ein Buch heraus: „Alte Gebräuche und Gewohnheiten der Steinmetzen", Verfasser Rud. Wissell; die Anschaffung sei zu empfehlen. Was Fuchs über die Fabrikation einiger Anträge in der KPD-Bezirksleitung von Mannheim gesagt habe, ist der Verbandsleitung bekannt, denn ein Teil der uns vorliegenden Anträge liegt auch anderen Verbandstagen der Gewerkschaften vor. Zum Schluß meint Redner, daß es auch gelte, die Kampfeswerte des Verbandes zu rationalisieren, zu diesen zählt der Inhalt des „Steinarbeiter". Die beste Anerkennung der Redaktion besteht im Lesen der Zeitung und Auswerten des Gelesenen und die beste Unterstützung sei die Uebermittlung aller wichtigen Vorkommnisse, die sich in und für die Bewegung verwerten lassen.

Neumüller polemisiert in seinem Schlußwort gegen Schenke in der Sitzverlegung des Verbandes. Elsner gibt bekannt, daß in der Gehaltsfrage für 2 Kollegen im Hauptbureau nur ein kleiner Ausgleich stattgefunden hat. Im übrigen liege die Grundlage fest. Die Hannoversche Beschwerde ist erst 1½ Jahr nach dem Vorgang an den Ausschuß gelangt. Das müsse künftig vermieden werden, wenn etwas wieder eingerenkt werden soll.

Winckler gibt seiner Freude Ausdruck über die nach seinem Wunsche erfolgte aufbauende Kritik. Der Vorwurf von Pretzsch, daß er nicht genügend über die Rationalisierung und Konzentration gesprochen habe, sei unangebracht. Im übrigen ist die Rationalisierung nichts Neues, sondern wird betrieben, seitdem überhaupt gearbeitet wird. Damit sie nicht einseitig dem Besitz zugute kommt, ist alle unsere Gewerkschaftsarbeit dementsprechend zu bewerten, auszubauen und einzusetzen. Die Hauptsache ist die Verminderung der Arbeitszeit. Redner geht dann auf die von Jeschke dargelegten Nachteile des Schleifereitarifes ein, bei all diesen Abschlüssen entscheide nicht juristische Spitzfindigkeit, sondern die gegebenen Machtverhältnisse. Dann setzt sich Winckler mit Müller, Striegau, auseinander betreffs der Lohnangaben, wobei er besonders den Wert einer eigenen Statistik und die Mitarbeit der Kollegen dabei hervorhebt. Die Bemühungen des Vorstandes, in erster Linie die zurückgebliebenen Löhne einzelner Bezirke zu heben, streift Redner auch und wünscht, daß der Verbandstag sich nicht festlegt bei den gewünschten Neuanstellungen. Das Notwendigste wird von der Verbandsleitung immer rechtzeitig getan. Die Berliner Kollegen möchten das nächste Mal ein Mandat an Ostpreußen abgeben.

Die Kritik über die Unfallgefahren in den Betrieben ist durchaus berechtigt, aber der Leitung müssen auch die einzelnen Fälle mitgeteilt werden, damit zu gegebener Zeit auf die behördlichen Stellen eingewirkt werden kann.

Qualitätsarbeit, Reichslohntarif, Kunststeinbearbeitung, Lehrlingsfragen werden in Verbindung mit den Debatteredern von Winckler besprochen, die Behandlung der beantragten Sitzverlegung sei zum Teil unverständlich, denn was vor 25 Jahren richtig und zutreffend gewesen sein möge in der Sitzverlegung von Berlin nach Leipzig, ist heute infolge der veränderten Verhältnisse nicht mehr richtig. Enge Fühlung mit den in Berlin zusammenlaufenden wirtschaftlichen Fäden und Instanzen bedinge das Interesse unserer 60 000 Mitglieder. — Die Verschmelzungsfrage wird nochmals gestreift aus Anlaß einiger Debatteredner. Auf Grund der Anregung des Bundesvertreters schlägt er eine Aenderung der Entschließung vor. Die sich nicht etwa gegen Bundesbeschlüsse richtet, wir wollen nur unser Recht nachweisen. Denen, die die Begriffe „groß" und „stark" nicht auseinanderhalten können, empfehle er auf Seite 158 des Geschäftsberichtes nachzulesen:

> „Groß ist nicht stark, wenn nur recht hoch die Zahl.
> Klein ist nicht schwach, wenn jedes Glied von Stahl.
> Stark ist, wenn jedes Mitglied seine Kraft erkannt,
> Der kleinste wie der größte Industrieverband."

Vor der Abstimmung wird zunächst das Referat des Kollegen Eggert vom ADGB: „Weltwirtschaftskonferenz und Gewerkschaften" entgegengenommen. Dieses Referat drucken wir in einer der nächsten Nummern gesondert ab. Ein Auszug daraus scheint uns nicht angebracht. Es war der Höhepunkt des Verbandstages, das bewies unter anderem der lebhafte Beifall, der dem Redner zuteil wurde.

Elsner als Vorsitzender legt dann Verwahrung ein gegen die verleumderische Art, wie in der KPD-Presse des Bezirks über den Verbandstag berichtet wird. Das sei um so verwerflicher, weil es nur ein Delegierter sein könne, der diese Berichte an die Presse liefert.

In der nun folgenden Abstimmung teilt der Vorsitzende mit, daß eine Entschließung in Sachen Siebold vorliege (abgedruckt in Nr. 24, Seite 4. Red.)

Abgelehnt werden die Anträge: 2, 3, 5, 8, 15, 16, 24, 28, 38, 47, 59, 66, 67a, 231, 239, 70, 71, 72, 74, 75, 86, 87a, 88, 89, 90.

Zurückgezogen wurden die Anträge: 7, 9, 10, 36, 64, 67, 218, 82, 84, 92, 92a.

Angenommen die Anträge: 11, 12, 13, 14, 23, 25, 26, 32, 33, 34, 35, 37, 56, 58, 65, 224, 225, 226, 228, 229, 80, 85, 91.

Erledigt durch die Aussprache usw.: 1, 27, 29, 230, 73, 76 bis 79, 81.

Mit der Annahme folgender Entschließung haben sich die Anträge 17 bis 22 erledigt:

> Nach eingehender Prüfung lehnt der 11. Verbandstag des Zentralverbands der Steinarbeiter Deutschlands den Zusammenschluß mit einer andern Organisation aus folgenden Gründen ab:
>
> 1. Der Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses kommt, weil bereits erfüllt, für unsre, einen Industrieverband bildende Organisation solange nicht in Betracht, als sie sich bei vollster Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder aus eigner Kraft erhält und weiterentwickelt.
> 2. Die bisherige günstige Entwicklung, der gegenwärtige Stand und die künftigen Erfolgsaussichten des Verbands lassen die Verschmelzung mit einer andern Organisation weder notwendig, noch nützlich erscheinen. Dagegen ist
> 3. in Zukunft mehr als bisher dahin zu streben, daß alle noch in andern Verbänden organisierten, in der Steingewinnung, bei der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau beschäftigten Arbeiter ihrem Industrieverbande, dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands zugeführt werden.

Die Entschließung Anders zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland wird abgelehnt:

Dem Zentralvorstand als Material überwiesen die Anträge 39 bis 46, 48 bis 55, 60 bis 63, 219 bis 223, 227, 230a.

Der Redaktion überwiesen: 83, 91a.

Den Gauleitern überwiesen Antrag 57.

Den Zahlstellenverwaltungen überwiesen 238.

Beschlossen wird: Im September 1927 eine Reichskonferenz der Pflastersteine- und Schotterarbeiter abzuhalten, um zur Kündigung des Reichsarbeitsvertrags Stellung zu nehmen. Ferner:

Bei Neueinstellungen im Zentralvorstand ist die Pflastersteine- und Schottergruppe zu berücksichtigen.

Bei den Anträgen 93 bis 95 geht der Verbandstag zur Tagesordnung über. Die Entschließung in Sachen Siebold wird mit großer Mehrheit angenommen. (Abgedruckt in Nr. 24, Seite 4. Redaktion.)

Gegen 5 Stimmen die Entlastung der gesamten Leitung beschlossen.

Nach einer Auslegung des Antrags 56, die von Jeschke-Löbau gewünscht wird, wird auch dieser Antrag als erledigt erklärt, weil er eine rein örtliche, nicht strittige Frage behandelt.

Dann wird in die Statutenberatung (Punkt 2 der Tagesordnung) eingetreten. Dazu präzisiert Walther den Standpunkt des Vorstands. In seiner Vorlage komme der Wille zur Einheitlichkeit gegenüber den andern Gewerkschaften zum Ausdruck, nach den Vorschlägen des ADGB. Redner bespricht dann die Beitragsleistungen, sowie die geldlichen Sätze in einzelnen Unterstützungsfällen (Streik, Maßregelung, Krankheitsfall, Reise, Todesfall) und begründet nochmals das vorherige Zusammentreten der Statutenberatungskommission.

Müller-Striegau, als Berichterstatter der Kommission, erstattet dann deren Bericht. Die Kommission hatte die undankbare Aufgabe, die Anträge des Verbandsvorstands mit jenen der Verbandsmitglieder ob ihrer Durchführungsmöglichkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Redner geht nun im einzelnen die Anträge durch und präzisiert dabei den Standpunkt der Kommission.

Im einzelnen kann das hier wegen seiner Kompliziertheit nicht wiedergegeben werden, unsre Leser müssen zum Vergleich auch den „Steinarbeiter" Nr. 16 zur Hand nehmen, dort sind die Anträge numeriert zum Abdruck gekommen.

Im großen ganzen wird von der Kommission die Vorstandsvorlage zur Annahme empfohlen, mit einigen kleinen Aenderungen. Die Einführung Unterstützung Arbeitsloser und die Alters- und Invalidenversicherung im Verbande wird von der Kommission zur Ablehnung empfohlen. In der Aussprache plädiert

Beilharz-Löwenberg für die Unterstützung Arbeitsloser im Verband und gegen eine Erhöhung der Krankenunterstützung. Der Verbesserung der Maßregelungsunterstützung stimmt er zu.

Lohan-Dornreichenbach hält es für das beste, wenn auf diesem Verbandstage keine Aenderung der Beiträge und Unterstützungen vorgenommen wird. Er weist im einzelnen nach, daß die Vorstandsanträge unhaltbar sind nach seiner Auffassung. Wendet sich aus verwaltungstechnischen Gründen gegen eine Erhöhung der Kinderunterstützung bei Streiks.

Gibowsky-Kamenz ersucht, von dem Aufdruck des Lokalzuschlags auf die Beitragsmarken Abstand zu nehmen. Bespricht dann Fälle der Krankenunterstützung und Reiseunterstützung. In der Sterbeunterstützung stimme er den Vorschlägen der Kommission zu.

Schütt-Rostock hält die Erwerbslosenunterstützung für viel wichtiger wie die Krankenunterstützung, wir müssen uns darin auch den andern Organisationen anpassen.

Schmitt-Mayen vertritt die Vorschläge der Kommission. Er ist nicht grundsätzlich Gegner der Alters- und Invalidenversicherung im Verband. Eine solche Einführung verlange größere Vorarbeiten. Im übrigen brauchen wir nicht nachmachen, was andere tun.

Fuchs, Kappelrodeck, hält dem Kollegen Lohan vor, was er heute gesagt habe, und auf früheren Verbandstagen im allgemeinen habe er immer die Vorschläge der Statutenberatungskommission scharf bekämpft; auch wundere es ihn, daß Lohan heute für Beibehaltung von Bestimmungen eintrete, die er in Weimar noch scharf bekämpft habe. Redner hat an der Vorlage nichts auszusetzen, wünsche nur, daß die Frauen der Mitglieder beim Streik dasselbe erhalten wie die Kinder, evtl. auch einen niedrigeren Satz. Aber nicht übersehen, welchen Einfluß die Frau auf die Organisationszugehörigkeit des Mannes ausübt.

Weidenhammer, Hemsbach. Trotz großer Bedenken hat sein Bezirk beschlossen, der Beitragsregelung zuzustimmen. Der Lokalzuschlag ist allerdings zu ungleich verteilt. Eine Unterstützung der Frauen sei nicht mehr zu umgehen. Redner ist gegen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und gegen die Alters- und Invalidenversicherung.

Vorsitzender Winckler weist darauf hin, daß bisher im Verbande keine Unterstützung an Frauen der Mitglieder beim Streik gezahlt wurde.

Wolf, Marienberg, tritt für die Frauenunterstützung ein und plädiert dann in längeren Darlegungen für Einführung der Alters- und Invalidenversicherung, zugrunde gelegt werden die Verhältnisse im Westerwaldbezirk. Die nötigen Beiträge würden die Mitglieder sicherlich aufbringen. Bei der heutigen politischen Entwicklung sei vom Staate nichts zu erwarten. Selbsthilfe ist immer das richtigste.

Rollwagen, München, hat von seiner Zahlstelle den Auftrag, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen. Die Reiseunterstützung war im Frieden besser ausgebaut. Wir Münchener haben eine örtliche Arbeitlosenunterstützung, sie funktioniert sehr gut.

Knieriem, Eltmannshausen, spricht dafür, daß alle Unkosten der Bezirksleiter auf die Hauptkasse übernommen und der Antrag 112 muß angenommen werden.

Hentschel, Königshain, tritt für mehr Beitragsklassen ein, ist gegen die Alters- und Invalidenversicherung, dafür sei die Volksfürsorge da. Die Beitragserhöhung wird auch uns im Bezirk große Schwierigkeiten machen.

5. Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt.

Gras, Rammelsbach, macht die Mitteilung, daß ihm soeben ein Strafbefehl zugegangen ist in Höhe von 3,30 Mark, weil er auf Ersuchen der Kollegen den staatlichen Steinbruch in Rammelsbach ohne Erlaubnis der Direktion betreten hatte. In weiteren Ausführungen tritt Gras für die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung im Verbande ein.

Neumann, Hamburg, teilt mit, daß die Statutenberatungskommission noch einmal die Möglichkeit des Frauenzuschlages bei der Streikunterstützung geprüft habe, sie beantrage den Zuschlag für sämtliche zum Haushalt Gehörende auf täglich 30 Pfg. festzusetzen. Im übrigen ersucht er den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen.

Vorsitzender Winckler hofft, daß nach diesem Vorschlag einige Redner aufs Wort verzichten können.

Schuster, Demitz, ist dafür, daß 100 Prozent des Stundenlohnes an die Hauptkasse abgeführt werden, aber er hat, soweit die Lokalkassen in Frage kommen, Bedenken an den Vorschlägen der Kommission. Er stellt dazu einen besonderen Antrag.

Lotz, Geilnau, tritt für 40 Pfg. Zuschlag ein und befürwortet nochmals die Alters- und Invalidenversicherung im Verbande, mit der Volksfürsorge habe das nichts zu tun und sei keine Konkurrenz.

Mück, Mannheim, hält es für richtiger, wenn schrittweise vorgegangen würde, den Zahlstellen hätten diesmal 10 Prozent gekürzt werden können und auf dem nächsten Verbandstage nochmals 10 Prozent. Die Invalidenversicherung möchten die Bezirke selbst einführen. Bei längerer Krankheitsdauer als 4 Wochen müßte die volle Beitragsleistung fallen.

Weber, Demitz, befürwortet den Antrag 126. In Streikfällen ist der volle Beitrag unangebracht, bei Krankheit wohl. Ist Gegner der Invalidenversicherung im Verband und Gegner der verbandsseitigen Arbeitslosenunterstützung. Höchstens müsse die Beitragsleistung zur Invalidenversicherung eine freiwillige sein, also nicht obligatorisch.

Hemm, Heidingsfeld: Im Muschelkalkgebiet akzeptieren wir die Vorstandsvorlage in der Voraussetzung der Annahme des Antrages 111 und größerer Bewegungsfreiheit der Bezirke. Im weiteren tritt er dafür ein, daß die Hauptkasse einen Teil der Verhandlungskosten bei örtlichen Tarifen übernimmt, er stellt einen dementsprechenden Antrag. Wendet sich dann gegen die Erwerbslosenunterstützung und Invalidenversicherung, empfiehlt bezirksweise Einführung.

Sarholz, Wiesbaden: Ihm geht die Vorstandsvorlage nicht weit genug, er begründet das mit den Leistungen in seiner Zahlstelle. Plädiert für die Arbeitslosenunterstützung im Verband, auch die beantragte Invalidenversicherung sei wohl durchführbar, wir geben den älteren Mitgliedern damit einen Rückhalt am Verband und den jüngeren Ansporn, dem Verbande treu zu bleiben.

Lenz, Gummersbach, begründet unter Berücksichtigung der beruflichen und organisatorischen Verhältnisse des Rheinlandes die Einführung der Invalidenversicherung im Verband. Wenn der Verbandstag jetzt nicht dafür zu haben sei, dann möge er diese Angelegenheit zur weiteren Behandlung dem Vorstande überweisen, damit die Regelung nicht um Jahre wieder verzögert werde.

Geist legt eingehend die Notwendigkeit der Annahme der Vorstandsvorlage dar. Die Schwierigkeiten der Beitragserhebung verkenne er nicht, aber die Unterstützungsverbesserungen müßten auch Beachtung in der Beurteilung finden. Jeder Verband habe seine besondere Struktur. Darum gehe es nicht an, bei der gewünschten Invalidenversicherung immer auf andere Verbände zu verweisen. Die Einführung ist lediglich eine Beitragsfrage, gebe man der Hauptkasse die Mittel, sei die Einführung da. Im übrigen soll die Belastung der Hauptkasse nicht überspannt werden, das räche sich dann später an der Kampfmöglichkeit.

Brinkmann, Bielefeld, tritt für die Kommissionsvorschläge ein. Die Beiträge sind in Wirklichkeit eine Bagatelle. Wir müssen die Organisation so ausbauen wie ein Haus, in dem man gern, weil behaglich, bleibt. Die Frauenzuschläge sind notwendig aus den Gründen die einzelne Redner schon treffend dargelegt haben. Die Erwerbslosenunterstützung sei auf diesem Verbandstag nicht möglich, aber dauernd können wir sie nicht ablehnen.

Pretzsch, Halle. Wenn wir kämpfen wollen, können wir keine Erwerbslosenunterstützung und keine Alters- und Invalidenversicherung einführen. Beim Schwedenkampf haben die Mitglieder in der geldlichen Sammlung versagt. Die Frauenunterstützung nach dem Kommissionsvorschlage sei annehmbar. Die Reiseunterstützung könnte eine 50prozentige Erhöhung vertragen.

Da Corta weist darauf hin, daß die Reiseunterstützung beim Streik an keine Karenzzeit gebunden ist.

Beck, Hannover, befürwortet den Antrag 112 und will im weiteren für 40 Pfg. Frauen- und Kinderzuschlag stimmen. Auch der Antrag 180 sei zur Annahme zu empfehlen, ebenso der Antrag 237.

Reis, Eiterhagen, ist für die Beitragsvorlage, wünscht aber die Lokalzuschläge durchweg auf 20 Prozent der Beiträge festgelegt. Spricht dann für die Erwerbslosenunterstützung und äußert sich über die Beitragsleistung am jeweiligen Arbeitsort. Im Interesse der ländlichen Zahlstellen könne das nicht so strikte durchgeführt werden, wie es im Statut stehe.

Kraus, Nürnberg, ist gegen die volle Stundenlohnabführung an die Hauptkasse, die Lokalkassen kommen dabei zu kurz in ihren örtlichen Leistungen. Eine weitere Einführung von Unterstützungen wünschen die Nürnberger Kollegen nicht.

Meins, Hamburg, polemisiert gegen die Ausführungen des Kollegen Wolf und sagt dann abschließend: „Heize deine eigne Kraft, wie's Kollege Winckler von den Berliner gedacht, dann wirst du den andern wohl steigern den Mut, freudig werden sie mit dir wandern, dies, Freund, merke dir gut!"

Lumme, Wernigerode. Die Vorstandsvorlage enthält wohl Härten, aber sie bewegt sich innerhalb der Richtlinien vom ADGB. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung scheitert praktisch an der Beitragsfrage. Der Egoismus des einzelnen Mitgliedes spiele noch eine große Rolle, weil die Weigerung, höhere Beiträge zugunsten Notleidender zu leisten, eng damit verbunden ist.

Vorsitzender Winckler teilt mit, daß folgender Antrag eingelaufen ist: Der Zentralvorstand wird beauftragt, die Möglichkeit der Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung im „Steinarbeiter" bekanntzugeben, sowie gegebenenfalls eine Urabstimmung über die Einführung dieses Unterstützungszweiges herbeizuführen. Der Vorstand setze dem keinen Widerstand entgegen.

Beilharz, Löwenberg, befürwortet nochmals die Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Da Corta. Die festgelegten Lokalzuschläge, wie die Vorlage vorsieht, sind sehr notwendig, denn es gibt eine ziemliche Reihe von Zahlstellen, die zu den bisher verbliebenen 20 Prozent von der Beitragsmarke keinen Zuschlag erhebt und folgedessen sehr schlecht wirtschaftet, meistens haben sie große Beitragsrückstände in der Hauptkasse. Die Erwerbslosenunterstützung hat mehr Gegner wie Freunde, das sollte doch zu denken geben.

Henneberger, Kirchheim. Die Statutenberatungskommission hat durchaus nicht die Vorstandsvorlage im Handumdrehen angenommen. Dort hat eine ähnliche Aussprache stattgefunden wie im Plenum. Er sei ebenfalls Gegner all der gewünschten neuen Unterstützungseinrichtungen.

Schiefner, Kamenz. Im Finanzwesen des Verbandes ist der Kern die Beitragsleistung, er stimme dem Grundsatz der Vorlage zu, wünscht nur mehr Bewegungsfreiheit bei den Lokalzuschlägen. Im Falle der Notfallunterstützungen darf der Hauptvorstand künftig nicht mehr so zugeknöpft handeln.

Montag, Halle. Für die Gewerkschaften ist es ein großer Fehler gewesen, aus den Kampforganisationen Unterstützungsvereine gemacht zu haben. Darum sollen wir alle diesbezüglichen Wünsche ablehnen, bis auf die Arbeitslosenunterstützung. Die Krankenunterstützung könnte deshalb abgebaut werden. Tritt für Urabstimmung in dieser Regelung ein.

Jung, Berlin. Ihm leuchte ein, daß bei den vorliegenden Forderungen auf Erhöhungen die Beitragsregelung notwendig ist. Die Zahlstelle Berlin käme aber mit dem aufgedruckten Lokalbeitrag nicht aus. Dem Vorschlag, an Stelle der Krankenunterstützung die Erwerbslosenunterstützung einzuführen, stimme er zu.

Henkelmann, München, vertritt in der Beitragsfrage und Lokalzuschläge die Auffassung des Kollegen Mück-Mannheim. Seine Zahlstelle und die Gaukonferenz sind Gegner der Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Kretschmar, Ströbel, wendet sich gegen die Abführung des vollen Stundenlohnes an die Hauptkasse, davon müßte den Zahlstellen wie bisher ein gewisser Prozentsatz bleiben

Damit ist die Debatte abgeschlossen. Im Schlußwort geht Walther auf die verschiedenen Bedenken gegen die Kommissionsvorschläge ein und ersucht um En-bloc-Annahme der Vorschläge, weil sie ein zusammenhängendes Ganze bilden.

Das letztere wird in der Abstimmung abgelehnt.

Beschlossen wird, den Zuschlag für Frauen und Kinder auf 40 Pfg. festzusetzen.

Bei der Sterbefallunterstützung wird diese auf die Ehefrauen ausgedehnt in Höhe von 50 Prozent, wie sie dem Mitgliede zusteht.

Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wird vertagt, ebenso die der Alters- und Invalidenunterstützung, der bereits erwähnte Antrag wird dazu angenommen.

Im übrigen werden die Vorschläge der Kommission angenommen. Damit hat sich die Beitrags- und Unterstützungsfrage im Sinne der Vorstandsanträge geregelt.

Die Aenderungen sollen am 1. Juli (27. Woche) in Kraft treten!

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wurde abgelehnt. Wogegen Beilharz protestierte auf Grund der beschlossenen Geschäftsordnung.

RAV. für die deutsche Pflasterstein- und Schotter-Industrie.

Auf Grund des § 6a der Arbeitszeitverordnung vom 1. Mai 1927 fanden am 19. Mai zwischen den Vertragskontrahenden Verhandlungen über die Erhöhung des Zuschlages für die infolge wirtschaftlicher Verhältnisse angeordnete vorübergehende neunte Arbeitsstunde statt. Von den Arbeitnehmervertretern wurde die Beseitigung des Absatzes 3 im § 4 des RAV gefordert. Der Reichsverband der Pflasterstein- und Schotterindustrie dagegen verlangte die Beibehaltung der jetzigen Regelung bis zum Ablauf des RAV. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde vereinbart, daß der zur Zeit geltende Zuschlag von 15 Prozent für die infolge wirtschaftlicher Verhältnisse angeordnete vorübergehende neunte Arbeitsstunde ab 1. Juli 1927 auf 20 Prozent erhöht wird.

Den Kollegen erwächst daraus die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ab 1. Juli 1927 jede angeordnete neunte Arbeitsstunde mit diesem Zuschlag belegt wird. Für darüber hinausgehende Ueberstunden kommen die Zuschläge nach § 15 des RAV in Betracht.

Den Bericht der Wahlkommission erstattet

Gebhardt, Langensalza. Die Widerwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder einschließlich des Redakteurs wird vorgeschlagen, ebenso der Gauleiter. Alle vorliegenden Anträge auf Neuanstellungen sollen dem Verbandsvorstand überwiesen werden. In der Gehaltsfrage der Angestellten soll ein kleiner Ausgleich stattfinden in der Erhöhung der Prozentzuschläge um 5 Prozent, auch die Spesen sollen einen Ausgleich erfahren (8 und 10 Mk. Uebernachten extra). Für den Verbandstag werden 12 Mk. vorgeschlagen. Das Mankogeld für den Hauptkassierer und die Entschädigung für den Ausschußvorsitzenden soll wie bisher bleiben.

Als Delegierte zum Internationalen Steinarbeiterkongreß werden Winckler, Siebold, Linke, Wunderlich, Neumüller, Mühle, Senft, Chr. Schmidt, Wolf und Weidenhammer vorgeschlagen; zum Gewerkschaftskongreß 1928 in Hamburg Winckler, Siebold, Osterloh, Göckemeyer.

Für den Beirat

Sandsteinarbeiter: Mück (Mannheim), Beilharz (Löwenberg). Ersatzmann Neumann (Hamburg).

Kalksteinarbeiter: Hemm (Heidingsfeld). Ersatzmann Gebhardt (Langensalza).

Kalkgewinnung: Harzer (Gruiten). Ersatzmann Horn (Wülfrath).

Marmorarbeiter: Lisowsky (Berlin). Ersatzmann Rollwagen (München).

Granitwerkstein: Vollrath (Heppenheim). Ersatzmann Heimkreiter (Metten).

Granitschleiferei: Schütt (Rostock). Ersatzmann Berger (Löbau).

Pflasterstein- und Schottergruppe: a) Brecher: Gärtner (Striegau), Haupt (Mayen), Ersatzmänner: Werner (Strehlau), Roß (Bielstein); b) Pflastersteinmacher: Stadler (Demitz), Kurzak (Doberschütz), Ersatzmänner: Anders (Königsbrück), Peter (Elgershausen); c) Schotterarbeiter: Niebergall (Rammelsbach), Lotz (Geilnau), Ersatzleute: Hocky (Albersweiler), Schaar (Breitenborn).

Lithographiestein und Schiefer: Bieber (Röchling), Ersatzmann: Linß-Beck (Steinach).

Straßenbau: Hassold (Nürnberg), Seifert (Danzig), Ersatzmann: Pretzsch (Halle).

Der Berichterstatter behandelt dann noch die einzelnen Anträge von 205 bis 212, die sich zum großen Teil erledigt haben, ebenso die Anträge 213, 213a, 30, 31, 240, 214, 216, 217, 217a, 232 bis 237, die teils zur Annahme, teils zur Ablehnung empfohlen werden.

Die Wahlkommission empfiehlt weiter, den früher vor dem Kriege üblichen Leitfaden für die Funktionäre herauszugeben.

In der Debatte tritt Taege, Berlin, dafür ein, daß der Verbandstag alle 3 Jahre stattfindet und dafür die Delegiertenzahl erhöht wird. Taege stellt dann fest, daß die entstellenden Berichte in der KPD-Presse vom Kollegen Anders herrühren. Er bezeichnet es als eine große Ungehörigkeit, wenn solche falschen Berichte von einem Delegierten herausgegeben werden. Anders habe selbst zugegeben, daß die Berichte entstellt seien durch den betreffenden Redakteur, tue aber nichts, um die Entstellung und Verdrehung zu berichtigen. Jedenfalls erhebe er Einspruch. Der Verbandstag müsse diese Handlungsweise energisch verurteilen.

Sydow, Senftenberg, tritt für Annahme des Antrages 208 ein.

Schmidt, Mayen, schlägt vor, vom 5. Gau noch den Kollegen Braun zum Internationalen Kongreß der Steinarbeiter zu delegieren wegen seiner Tätigkeit im Landesarbeitsamt (ausländische Arbeiter) und der Konkurrenz durch die belgische Steinindustrie.

Weber, Demitz, kritisiert, daß die Pflastergruppe als größte nur mit einem Delegierten nach Kopenhagen bedacht sei. Vorsitzender Winckler entgegnet dem, daß doch die in Frage kommenden Gauleiter auch die Interessen der genannten Gruppe vertreten.

Schiefner, Kamenz, tritt für Beibehaltung der zweijährigen Tagung ein und wünscht ferner, daß die Wahl der Bezirksleiter den Bezirken überlassen bleibt.

Senft, Liegnitz, ist ebenfalls für die Tagung aller 2 Jahre, wendet sich dann gegen den Antrag 232.

Reis, Eilerhagen, ist mit den Vorschlägen zum Beirat nicht ganz einverstanden, schlägt dazu noch Horn (Wildemann) vor.

Anders, Berlin, wendet sich gegen Taege. Er könne keine druckfertigen Berichte liefern, wenn dem Redakteur der KPD-Zeitung bei der Fertigstellung Irrtümer unterlaufen, so sei er bereit, „gewisse Dinge" zu berichtigen. Er macht dann etwas schwerverständliche Richtigstellungen, meint, man solle in Zukunft die Presse zulassen, dann passiere so etwas nicht. Zu einer Bemerkung Siebolds, wie es mit dem Herunterreißen seiner Person sei, erwidert Anders: „Das gehört zur Politik!"

Mück, Mannheim, bespricht die Delegation zum Internationalen Kongreß. Die einzelnen Teilnehmer seien so gewählt, um das Gehörte und Gesehene einem größeren Kreis zugänglich zu machen. Wenn bei den Vorschlägen zum Beirat Widerspruch entstehe, so liege die Ursache an dem Mangel entsprechender Vorschläge. Die Wahlkommission habe mehr wie einmal dazu aufgefordert.

Lohan, Dornreichenbach, tritt für eine andere Grundregelung der Bezirksleiterbezüge ein. Müller, Striegau, wendet sich dagegen, denn Lohan habe kein Recht, im Namen aller zu sprechen. Ihm genüge der Vorschlag der Wahlkommission.

In der Debatte sprechen noch Weidenhammer, der daran erinnert, daß nunmehr auch vom 1. Juli die portofreie Zustellung des „Steinarbeiter" erfolge, polemisiert dann gegen Senft. Pretzsch, Halle, wendet sich gegen den Antrag 105 und unterstreicht, was Anders gesagt hat über die künftige Zulassung eines Pressevertreters der KPD. Walther spricht gegen den Antrag 31 (Zulassung der Bezirksleiter zum Verbandstag mit beratender Stimme). Brinkmann regt an, bei künftigen Verbandstagen auch die anderen Kommissionen, soweit sie in der Tagung sehr belastet sind, vorher zusammenzuberufen, damit immer gründliche Arbeit geleistet werden könne.

Nachdem Elsner eine Anfrage Pretzsch beantwortet hat, ist die Debatte geschlossen.

Abgelehnt werden die Anträge 205, 207, 208, 213, 213a, 30, 31, 216.

Dem Hauptvorstand überwiesen Antrag 240, 217.

Erledigt sind: 206, 211, 212.

Angenommen werden 214 (mit Streichung der beiden letzten Sätze), 215, 217a, 234 bis 237.

Der Zahlstelle Berlin überwiesen Antrag 209, den Gauleitern Antrag 210. Zum Antrag 232 wird beschlossen, den Ausgang des Prozesses abzuwarten.

Die Neuauflage des Leitfadens wird beschlossen; ebenso die Anregung Brinkmanns betreffs der vorherigen Kommissionsberufung, natürlich außer der Mandatsprüfungskommission.

Alle Wahlen werden im Sinne des Vorschlages der Wahlkommission vollzogen (Verbandsvorstand, Redakteur, Gauleiter, Ausschußvorsitzender, Beirat, Internationaler Kongreß einschließlich des Kollegen Braun, Gewerkschaftskongreß). Auch der Gehaltsausgleich, die allgemeinen Spesen und die Verbandstagsspesen erfolgt nach den Vorschlägen der Kommission.

Damit sind die Beratungen am Schluß. Der Vorsitzende, Kollege Winckler, wirft zusammenfassend einen Rückblick auf die Verhandlungen und hob das Referat des Kollegen Eggert vom ADGB nochmals lobend hervor. Die organisierte Arbeiterschaft sei heute eine Macht, die nicht mehr wie früher ignoriert werden kann. Für uns als Steinarbeiter gelte es, mit eigener Kraft sich den Weg zu bahnen möglichst ohne fremde Hilfe. Jeder habe dahin zu wirken, daß die anders organisierten und unorganisierten unserer Industrieorganisation zugeführt würden. Winckler gedenkt dann des invalid gewordenen Gauleiters Kollegen Max Lohse, dessen vorbildliches Wirken er hervorhebt. Zum Schlusse sagt Winckler: Rückt ab von den falschen Predigern der Einheitsfront, kämpft nicht nur in Tuchfühlung mit uns geschlossen in Reih und Glied, sondern auch in engster geistiger Verbindung. Der Ortsverwaltung und der Zahlstelle Frankfurt sagt der Vorsitzende im Namen des Verbandstages Dank für ihre Vorarbeiten und Mühe, ebenso den Kommissionsmitgliedern. Wünscht allen Teilnehmern glückliche Heimkehr und schließt mit einem Hoch auf den Verband die Tagung.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gesperrt:

1. Gau (NO): Nach **Schwerin** zu der Fa. E. Reimer Betrieb Dümmerhütte sind Steinschläger fernzuhalten (Lohndifferenzen).

1. Gau (NW): Die Firma Heinke, Baustelle **Groß-Rehberg** bei Vollratsruhe (Mecklenburg-Schwerin) wegen Nichtzahlung der Tariflöhne.

4. Gau: Die Steinsetzfirmen: Kummler-Völker und Witte in **Braunschweig**, Diedrich und Wolf in **Wolfenbüttel**, Hoffmann in **Gandersheim**, Ludwig in **Seinstedt**, Meyer in **Schöppenstedt**, Müller in **Schladen**, haben trotz wiederholter Ermahnung keine Wohlfahrtsbeiträge abgeführt.

5. Gau: Der Betrieb **Wolfskuhle, Witten-Heven** der Firma Röhrmann u. Hoppe G. m. b. H. in Bochum (Steinarbeiter), kein Tarif. — In **Barmen** die Steinsetzbetriebe wegen Nichtzahlung der vereinbarten Lohnerhöhung.

Streik:

4. Gau: In **Dessau** Steinmetzen.

6. Gau. In **Mittel- und Südbaden** in der Werksteingruppe. — In **Hall** (Schwäbisch) sind einige Kollegen beim dortigen Bauarbeiterstreik beteiligt, deshalb kein Zuzug von Steinmetzen. — In **Mannheim** haben wegen Differenzen bei der Firma Krug 50 Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Folge davon ist: Aussperrung in allen Natur- und Kunststeinbetrieben.

Erledigt der Streik in **Magdeburg** bei der Firma Reimer; mit Erfolg. — Die Lohnbewegung der **Kölner Steinmetzen** und der Steinsetzer. Der Stundenlohn der Steinsetzer wurde um 10 Prozent vom 19. April ab von 1,30 Mk. auf 1,43 Mk. erhöht. Der Stundenlohn der Steinmetzen beträgt ab 15. Mai 1,50 Mk., ab 1. Juli 1,52 Mk. bis 1. September 1927. Ueber eine weitere Erhöhung finden in 3 Monaten neue Verhandlungen statt. — Der Streik der Steinsetzer in **Nordhausen**. — Die Sperre der Firma Oettel und Kopffleisch in **Greiz**. Die Arbeitswilligen arbeiten jedoch noch bei der Firma.

*

Beschluß des Verbandstages in Frankfurt a. M. Versammlungsberichte dürfen nur zum Abdruck gelangen, wenn sie inhaltlich für die Allgemeinheit der Kollegen von Bedeutung sind, leserlich mit Tinte und nicht zu eng auf je einer Seite des Manuskripts niedergeschrieben wurden. Die Redaktion hat die Vollmacht, Berichte, die dem Vorstehenden nicht entsprechen, oder solche, die dem Ansehen des Verbandes nicht dienen, zurückzuweisen.

Schriftführer, beachtet den Beschluß!

*

Die Gefahren der Steinbruchsarbeit. In dem Untertagesteinbruch der Firma Fr. X. Michels auf dem Niedermendigerfeld (Bezirk Mayen [Rheinland]) ereignete sich am 31. Mai ein schwerer Unfall. Ein großer Steinblock, zirka 25 Zentner, war durch einen Sprengschuß vom Gebirge gelockert, hatte sich aber auf den gesprengten Steinsplittern festgesetzt. Zwei Steinbrecher versuchten nun mit der Brechstange die Stützen von unten zu beseitigen, um so den Block zu Fall zu bringen. Der Kollege Johann Hoffmann hatte fast kaum die Brechstange an eine Stütze angesetzt, und schon löste sich der Block so plötzlich, daß ein Ausweichen nicht mehr möglich war, und drückte den Kollegen Hoffmann gegen einen Pfeiler, was den sofortigen Tod des Kollegen zur Folge hatte. Der so jäh zu Tode Gekommene war 48 Jahre alt, verheiratet und hat 4 Kinder.

Im Betrieb der Firma Karl Craemer, **Schüren**, ereignete sich am 7. Juni folgender Unglücksfall: Der Arbeiter Walter Heinze war damit beschäftigt, den Schotter von seinem Arbeitsplatz zu entfernen, als ein Stein aus geringer Höhe herunterrollte und Heinze drei Zehen zerquetschte und einen Fuß noch durchschlug. Der Kollege fand Aufnahme im Krankenhaus zu Hörde.

Im **Striegauer** Bezirk verunglückte am 11. Juni der Steinbrecher Hermann Trautmann aus Gräben im Betriebe der Firma Martin Weiß durch Abstürzen von einer zirka 5 Meter hohen Felsenwand. Trautmann hat sich erhebliche Kopfverletzungen zugezogen. Mit dem Krankenauto des Kreises Striegau wurde der Verletzte abtransportiert.

Steinarbeiter.

Mittweida. Die Zahlstelle ist eine von jenen Zahlstellen, die den Zweck der Organisation schon frühzeitig erkannt hat. Mit Ende dieses Jahres können wir das 25jährige Bestehen der Ortsgruppe festlich begehen. Während dieser Zeit hat die Kollegenschaft manchen Ansturm der Unternehmer abgewehrt und Verbesserungen erzielt. Jeder Versuch der Arbeitgeber, die Ortsgruppe zu zerschlagen, scheiterte an der zu 100 Prozent organisierten Arbeiterschaft. Das war in einer Zeit, wo uns gesetzliche Schranken gesetzt waren. Nachdem nun das Betriebsrätegesetz geschaffen und die gewählten Betriebsräte auf der Höhe sind, müßte heute alles nur so klappen. Leider ist es in den meisten Betrieben nicht der Fall. Ein typisches Beispiel ist der sogenannte Hartersbruch in Mittweida, ein Betrieb der bekannten Firma Krebs. Mittels technischer und maschineller Anlagen hat man auch hier angefangen zu rationalisieren. Dieser Schritt wäre angesichts auf eine Verbilligung der Erzeugnisse von unserem Standpunkte aus zu begrüßen, wenn es nicht auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen würde. Herr Ingenieur Köppen, der Schöpfer dieser Neuerungen, setzt sich des öfteren über die tariflichen Bestimmungen hinweg, in diktatorischer Weise werden neue Akkordsätze eingeführt. Bezüglich Arbeitszeit kennt man auch keine Grenze. Man betrachtet anscheinend eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 oder 10 Stunden auf das ganze Jahr, mit Ausnahme der Wintermonate hindurch, als angebracht. Auch den Arbeiterschutzbestimmungen wird nicht Folge geleistet. Bei der Brecheranlage entwickelt sich der Staub dermaßen, daß es die betreffenden Arbeiter kaum aushalten können. Abhelfen will man diesem Uebel dadurch, daß man seitens des Geschäfts so Aehnliches wie Gasmasken anschaffen will. Es wäre zu empfehlen, daß der Versuch mit den Masken von der Betriebsleitung auf einige Tage persönlich vorgenommen würde. Erinnert sei ferner an den ehemaligen Kollegen Otto Rahnfeld als Bruchmeister, der auch als Verbandskollege nicht gerade die schönste Rolle spielte, aber jetzt in der niederträchtigsten Weise gegen seine Kollegen vorgeht. Es würde zu weit führen, alle diese Vorkommnisse aufzuzählen. Wo früher überwiegend alteingerichtete, langjährige Arbeiter beschäftigt waren, ist jetzt der reine Taubenschlag. Meist sind es bayrische Kollegen, die man heranlotst. Mit einigen Ausnahmen haben alle wieder den Staub aus Hartersbruch abgeschüttelt. Oefters mußten die Gerichte in Bewegung gesetzt werden, die aber oft wegen Mangel an Standhaftigkeit der Kollegen zuungunsten der Kollegen entschieden haben. Zwecks Abstellung der geschilderten Zustände versuchte der Betriebsrat wiederholt, mit Herrn Krebs zu verhandeln, da sowohl Herr Köppen als auch Herr Peterschütz, nach ihren Aussagen, nicht die nötige Vollmacht hatten. Aber Herr Krebs hat niemals Zeit, wenn er hier ist. Nach kurzer Aussprache, die gewöhnlich auf der Straße oder irgendeinem Platze stattfindet, überläßt Herr Krebs die besprochene Angelegenheit den genannten Herren und verschwindet in und mit seinem Auto. Man spielt einfach mit dem Betriebsrat Versteckspiel. Herrn Peterschütz ist das Betriebsrätegesetz schon immer ein Dorn im Auge, nun muß auch er seinen Posten abtreten. Tränen wird ihm die Arbeiterschaft nicht nachweinen. Herr Krebs, der doch Mitglied der Bezirksschlichtungsstelle ist und auch sonst nicht zu den reaktionären Arbeitgebern zählt, müßte schließlich einmal soviel Zeit übrig haben, daß er mit den Betriebsräten die vorhandenen Uebelstände beseitigen hilft. Richtig ist es allerdings au nicht, wenn einzelne Betriebsratsmitglieder mit der Geschäftsleitung verhandeln und ihre Unterschrift unter Schriftstücke setzen, die nicht der Gesamtbetriebsrat behandelt hat. An all diesen Zuständen, wie sie hier geschildert, trägt einen großen Teil die Kollegenschaft selbst die Schuld. Die guten Ratschläge des Betriebsrates und der Ortsverwaltung wurden nicht beachtet. Die Arbeitszeit wurde weit über das übliche Maß überschritten. Die Beitragszahlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Einige Kollegen haben eine ganze Anzahl Marken im Rückstande. Nur einzelne haben die Bücher auf diesem Platze in Ordnung. Die Unsitte, der allzu viele Biergenuß, hat schon seit Jahren dazu beigetragen, daß es zu den bedauerlichen Zuständen der Zerrissenheit und Uneinigkeit im besonderen kam. Aufgabe der Kollegen muß sein: Ordnung im Beitragsbuch, Mäßigung im Trinken und keine einzelnen Abmachungen mit der Firma. Wenn sich die Kollegenschaft so einstellt, so wird sie an Achtung beim Arbeitgeber und Vorgesetzten gewinnen. Desgleichen wird auch der Betriebsrat einen größeren Rückenhalt haben als bisher. Dann besteht die Möglichkeit, daß der Hartersbruch wieder der Betrieb wird, der er vor dem Kriege war. Reiselustige Kollegen sind hiermit gewarnt, um sich nicht in große Unkosten zu stürzen und noch Schaden zu erleiden. Der Betrieb ist so lange zu meiden, bis auch hier wieder menschenwürdige Zustände herrschen. J. K.

Osnabrück. Am 26. Mai (Himmelfahrt) tagte im Lokale Schröder eine Bezirkskonferenz. Zu Vorsitzenden der Konferenz wurden die Kollegen Göckemeyer, Hamburg, und Röhm, Ibbenbüren, zu Schriftführern Beckmann, Eversburg, und Brörmann, Engter, gewählt. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Zahlstellen zur Anstellung eines Bezirksleiters? 2. Stellungnahme zu den Lohnbewegungen der Steinsetzer im Bezirk Osnabrück und der Steinmetzen in Ibbenbüren. 3. Verbandsangelegenheiten. Zum 1. Punkt führte der Gauleiter aus, daß auch die finanzielle Seite bei der Anstellung in Betracht genommen werden müßte, anderseits er auch mit Arbeit überlastet sei, daß er den Gau agitatorisch nicht so bearbeiten könne, wie es eigentlich sein müßte. Die Kollegen Spitzlein (Ibbenbüren), Klöppel und von der Heide (Engter) sowie Beckmann (Eversburg) sprechen sich für die Anstellung eines Bezirksleiters aus; dieser könne die Zahlstellen Bielefeld, Bünde, Minden sowie das Wesergebiet mit bearbeiten. Bei der erfolgten Abstimmung stimmten sämtliche Kollegen für die Anstellung. Zu Punkt 2 Lohnverhandlungen wurde von den Kollegen aus Ibbenbüren die Verschleppungstaktik der Unternehmer bemängelt. Auch müßten verschiedene Unternehmer zur Anerkennung des Tarifes gezwungen werden. In Osnabrück hatten die Steinsetzmeister jede Lohnerhöhung abgelehnt. Punkt 3, Verschiedenes: Auch hier im Bezirk Osnabrück wurde die Abhaltung von Unterrichtskursen zur Schulung der Kollegen gewünscht. Dann wurden noch interne Angelegenheiten besprochen und die Konferenz um 12,30 Uhr durch den Kollegen Röhm geschlossen.

Fürsteneck. Am Sonnabend, dem 28. Mai, fand in Allmunzen eine Versammlung statt, in der Bezirksleiter, Kollege Hausteiner, anwesend war. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Bericht über Tarifabschlüsse und Organisation. 3. Verschiedenes. Als Vorsitzender wurde Kollege Alois Siglmüller von Asenbaum und als Kassierer wurde Kollege Matthias Wagner von Spitzendorf einstimmig gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Max Kaiser von Allmunzen und Anton Lehner von Kafering gewählt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab Bezirksleiter, Kollege Hausteiner, einen ausführlichen Bericht über die Lohnverhandlungen und Tarifamtssitzungen von 1926 und 1927 und forderte die Kollegen auf, in Zukunft mehr als je sich unseren Reihen anzuschließen. Einen Bewis dafür, daß die Worte des Bezirksleiters nicht ungehört an den Anwesenden vorübergingen, gab, daß der Kassierer gleich während der Versammlung zirka 20 Neuaufnahmen einkassieren konnte, denn jetzt sieht bald wieder ein jeder ein, daß Außerhalbstehen des Verbandes zwecklos ist und zu keinem Nutzen führt. Bei Punkt „Verschiedenes" wurde der Beschluß gefaßt, daß die Zahlstelle nicht mehr Fürsteneck, sondern Kalteneck heißen soll. Weiter wurde dem früheren Vorsitzenden Gg. Schreiner, der von der bayrischen A.-G. angestellt wurde und über 7 Jahre Vorsitzender in der Zahlstelle war, für seine unermüdliche Tätigkeit in unserer Sache, von der Zahlstelle Kalteneck der herzlichste Dank ausgesprochen. Nach dem Schlußwort des Bezirksleiters, der die Kollegen nochmals ermahnte, auch dauernd zur Organisation zu halten, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSZIGARETTEN
Thadmor und Arbeitersportler zu 4 Pf.
Zeronth zu 5 Pf. duftig leicht mild
Nur zu haben im KONSUMVEREIN

Steinsetzer und Pflasterer.

Fürstenwalde. Am Donnerstag, dem 26. Mai d. J., früh 9 Uhr, trafen sich die Steinsetzer und verwandten Berufsangehörigen im Lokal „Krippner", Eisenbahnstraße, um eine Filiale des Steinarbeiterverbandes zu gründen. Auf Grund einer besonderen Einladung war auch der Gauleiter, Kollege Paul Schenke, anwesend. Nachdem sich die Anwesenden für die Gründung einer Zahlstelle ausgesprochen hatten, wurde der Kollege Hermann Müller, Fürstenwalde, Spree, Kirchhofstraße 6b, zum 1. Vorsitzenden und Kassierer gewählt. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Paul Schenke, über Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Oppeln. Am 29. Mai 1927 fand in Oppeln unsere Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand 1. Bericht der Gauleitung über die letzte Lohnbewegung und Stellungnahme dazu, 2. Aussprache über diesjähriges Vergnügen, 3. Bücherkontrolle. Zum Punkt 1 entspinnt sich eine rege Aussprache. Sämtliche Kollegen erheben schärfsten Protest gegen die Miteinrechnung des Wohlfahrtsgeldes in die 56 Prozent. Wir verlangen volle 56 Prozent über den Maurerlohn hinaus und extra Zahlung des Wohlfahrtsgeldes. Die Gauleitung wurde berichtet und beauftragt, diese Angelegenheit durch den Schlichtungsausschuß zu regeln. Beim Punkt 2 wurden 2 Kollegen zum Bestellen eines passenden Lokals beauftragt, möglichst Oppeln. Vergnügen findet Ende August statt. Als 3. Punkt kam die Bücherkontrolle. Es finden sich immer Kollegen, die verspätet ihre Beiträge entrichten. Trotz dauerndem Mahnen und Zureden des 1. Vorsitzenden bleibt diese Sache ohne Besserung. Der Vorsitzende ist genötigt, strenge Maßnahmen ergehen zu lassen. So wurde einheitlich beschlossen: „Wer über 8 Wochen seinen Beitrag nicht entrichtet, wird aus dem Verbande ausgestoßen." Drei Kollegen haben dieses Jahr nichts von sich merken lassen, keine einzige Beitragsmarke geklebt. Diese haben sich selber außerhalb des Verbandes gestellt. Es sind dies die Steinsetzer: Franz Schnura I, Richard Schnura, August Neumann. Die Bücherkontrolle wurde beendet und die Versammlung geschlossen.

Halberstadt. Die Zahlstelle Halberstadt kann in diesen Tagen auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Von den Gründern feiern bei dieser Gelegenheit die Kollegen Wilhelm Homeyer sen., Heinrich Horenburg, Gustav Müller, August Mangert, Otto Fischer, Hermann Kollmann und Wilhelm Homeyer jun. das 25jährige Mitgliedsjubiläum. Den Jubilaren sei auch an dieser Stelle für ihre Treue und ihr beharrliches Wirken in der Gewerkschaftsbewegung gedankt.

Bezirkskonferenz der Steinsetzer in der Niederlausitz. Am 26. Mai fand in Züllichau die Bezirkskonferenz der Steinsetzer der Niederlausitz statt. Vertreter hatten die Zahlstellen Guben, Senftenberg, Sorau, Cottbus, Spremberg und Züllichau entsandt, während die Zahlstellen Forst und Finsterwalde nicht vertreten waren. Den Bericht über die Tarifverhandlungen gab der Gauleiter, Kollege Schulze. Ausführlich ging er auf die zahlreichen Verhandlungen und auf die Stellungnahme der Arbeitgeber zu den Resultaten ein. Trotz aller Schwierigkeiten konnte der am 29. April erfolgte Schiedsspruch zur Anerkennung gebracht werden. Die Lohnerhöhungen betrugen für Steinsetzer 8 Pfennig, für Rammer 8 Pfennig und für Hilfsarbeiter 6 bis 8 Pfennig. Hinzu kommt weiter die Entschädigung für die Wohlfahrtskasse in Höhe von 5 Pfennig pro Stunde. Durch restlose Arbeit für die gewerkschaftliche Organisation müssen die Kollegen Sorge tragen, das Errungene zu erhalten und durchzusetzen. Der neugeschaffene Tarifvertrag soll zur Verbindlichkeit bei dem Reichsarbeitsministerium eingereicht werden. In der Diskussion sprachen die Kollegen Fest, Guben, und Braun, Guben, über die Notwendigkeit der Durchführung der Wohlfahrtsbestimmungen, die Kollegen Schönfels und Pose, Züllichau, wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die manche Unternehmer dem entgegenstellen. Es liegt an den Kollegen, ihre vertraglichen Rechte bei jedem Unternehmer in dieser Hinsicht zu sichern. Ein weiterer Raum in den Verhandlungen der Konferenz war die Gestaltung der Lehrlingsfrage. Durch regste Mitarbeit müssen die Kollegen auf diesem Gebiete zu erreichen suchen, daß die Ausbildung der jungen Leute eine gesicherte wird. Anträge in dieser Richtung wurden dem Gesellenausschuß der Innung überwiesen und gewisse Richtlinien über die Zahl der Lehrlinge aufgestellt. In das Arbeitsamt des Bezirkstarifs wurden die Kollegen Fest, Guben, und Sydow, Senftenberg gewählt. Als Tagungsort für die nächste Konferenz wird Senftenberg bestimmt.

Rundschau.

Ermäßigung der Grabgebühren. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat die kirchlichen Behörden ersucht, darauf hinzuwirken, daß im Interesse des notleidenden Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks und der gesamten Bevölkerung die Gebühren für die Aufstellung von Grabdenkmälern, Grabsteinen und Grabplatten auf Friedhöfen keinesfalls 5 Prozent des Herstellungswerts übersteigen. Den Gemeinden wird empfohlen, auch auf ihren Friedhöfen keine höheren Gebühren zu erheben.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Der 11. Verbandstag in Frankfurt a. Main hat die Beitragsregulierung unter Berücksichtigung der Richtlinien des ADGB, nach den Anträgen des Verbandsvorstandes (veröffentlicht in Nr. 16 des Steinarbeiters vom 16. April) beschlossen.

Die neuen Beitragsmarken (Doppelwertmarken) mit dem Aufdruck des Beitrages für die Hauptkasse und die Lokalkasse müssen **erstmalig für die 27. Woche am 2. Juli 1927 geklebt werden.**

Da mit Abschluß des 2. Quartals 1927 das sämtliche bis dahin gültige Markenmaterial eingezogen und ungültig wird, ersuchen wir alle Mitglieder, etwa **noch restierende Beiträge** bis zum Abschluß des 2. Quartals 1927 zu begleichen, damit der Markenwechsel glatt vor sich gehen kann. Es sei heute schon darauf hingewiesen, daß auf Nachzügler nicht gewartet werden kann, daß also mit der Abrechnung auch der restliche Markenbestand restlos eingesandt werden muß. Wo wider Erwarten nach dem Markenwechsel noch Restanten vorhanden sind, müssen die rückständigen Beiträge nach der neuen Beitragsleistung gezahlt und geklebt werden.

Die Zahlstellenverwaltungen und die Zahlstellenkassierer insbesondere ersuchen wir dringend, jetzt schon auf pünktliche Abrechnung und reibungslosen Markenwechsel hinzuarbeiten.

Um für die Zukunft Differenzen zu vermeiden, müssen die Konten der Zahlstellen bei der Hauptkasse restlos ausgeglichen werden.

Mit der 27. Woche treten selbstverständlich auch die veränderten Unterstützungssätze in Kraft, wie sie der Verbandstag beschlossen hat. Bis zum Erscheinen des neuen Statuts können sich die Mitglieder und Funktionäre aus dem Bericht vom Verbandstag im Steinarbeiter Nr. 24 und 25 informieren.

*

Auf Antrag der Zahlstelle **Dessau** wurde der Steinmetz Walter Buth wegen Streikbruch aus dem Verbande ausgeschlossen. — Auf Antrag der Zahlstelle **Görlitz** wurde der Steinsetzer Alfred Fettke wegen dauernder Schädigung der Verbandsinteressen ausgeschlossen. Die Zahlstelle warnt im übrigen vor diesem Kollegen, der als Pampgenie schon manches Verbandsmitglied betrogen hat.

Auf Antrag der Zahlstelle **Oldenburg** i. O. wurde der Ausschluß des Kollegen W. Schneider im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand wieder rückgängig gemacht.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Steinau a. d. Oder. Versammlung am 18. Juni um 18 Uhr (6 Uhr nachmittags) im Oderhof. Verbandsbücher mitbringen.

Adressenänderungen.

3. Gau: **Reichenbach** i. V. Kass.: P. Mädler, Untere Dunkelgasse 32.

5. Gau: **Herford** i. Westf. Vors. u. Kass.: Heinr. Feller, Bergetormauerstraße 28. — **Bochum.** Kass.: Hans Kolodzinski, Rottstr. 52.

7. Gau: Die Zahlstelle Fürsteneck heißt nunmehr **Kalteneck.** Vors.: Alois Siglmüller, Ahenbaum (Post Fürsteneck). Kass.: Matthias Wagner, Spitzendorf (Post Fürsteneck).

Briefkasten

Steinarbeiterempfänger. Ende Juni werden die Versandadressen neu gedruckt; wo eine Aenderung in der Anschrift sich nötig macht, möchte dies der Versandstelle des „Steinarbeiters" umgehend mitgeteilt werden. — Die portofreie Zustellung der Zeitung erfolgt ab Nr. 27. Für das 2. Vierteljahr wird noch zurückerstattet.

Köln. Für die Absolution Dank. Aber so schlimm ist die Sache nicht; dabei hat ein anderer in deiner Nähe noch mehr Schuld. Die Redaktion ist immer unschuldig.

Zur Ordnung im Beitragsbuch.

Es ist immer **der Beitrag** im Mitgliedsbuch oder Interimskarte **wöchentlich fällig,** wie die neueste Ausgabe des „Steinarbeiter" numeriert ist.

Anzeigen

Berlin. Vollversammlung für alle Gruppen.
Am Montag, dem 20. Juni, nachmittags 6 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine **Vollversammlung** für die Kollegen aller Gruppen statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Beschluß über die neue Beitragshöhe. 3. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit dieser Fragen für unser Organisationsleben ist jeder Kollege verpflichtet, zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Sämtliche Bezirksversammlungen fallen an diesem Tage aus.** Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Bezirk Michendorf-Saarmund.
Am Sonntag, dem 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Otto Richter in Saarmund: **Versammlung des Bezirkes Michendorf.** Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung. I. A.: Albert Dörre.

Cöpenick. Unsere nächste **Versammlung** findet wieder bei Waldow, Cöpenick, am Sonntag, dem 19. Juni, vorm. 10 Uhr, statt. I. A.: Krahl.

3 tüchtige Steinsetzer
für Kleinpflaster
nach Tariflohn stellt sofort ein
Steinsetzmeister Theodor Hübner
Weißwasser O.-L.
Fernruf 125.

Tüchtiger Steinmetz
der saubere Arbeit gewöhnt ist, auf scharrierte u. gesprengte Kunststeinarbeit sofort für dauernd gesucht.
Adolf Schnelle, Bildhauer
Gernsbach im Murgtal (Baden).

Einige Steinsetzer
werden angenommen.
Schriftliche Anfrage erbeten.
H. Herrmann, Glauchau i. S.

Mehrere Steinmetzen
sofort gesucht. Stundenlohn 1,35 Mk.
Fahrt wird vergütet. **Karl Kößler, Halberstadt,** Roonstraße 72.

Schachtmeister
der befähigt ist, selbständig zu arbeiten, für Straßen- und Tiefbau sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen befördert die Schriftleitung des „Steinarbeiter" unter **„Schacht 100".**

2 bis 3 tüchtige Steinsetzer
stellt ein
Steinsetzmeister **Herm. Wiegand**
Greiz i. Vogtl., Oststraße 16.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Alle Straßenbaugeräte
Rammen
Brechstangen
Pflasterhämmer
Stockhämmer
liefern konkurrenzlos billig frei jeder deutschen Bahnstation
Krügelstein & Co., Berlin N 4, Tieckstr. 23a

Gestorben.

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Trossenfurt** am 8. April der Sandsteinmetz Wilhelm Burger, 34 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Hirschberg** am 19. Mai der Granitsteinmetz August Heinrich, 62 Jahre alt, Herzschwäche.

In **Hockenau** am 22. Mai der Sandsteinmetz Franz Klinke, 54 Jahre alt, Lungentuberkulose (über 2 Jahre krank).

In **Nienstädt** am 23. Mai der Hilfsarbeiter Karl Holstein, 21 Jahre alt, Betriebsunfall, sofort tot.

In **Dresden** am 29. Mai der Sandsteinmetz Emil Köhler, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose (23 Wochen krank); am 31. Mai der Schleifer Oswald Treppte, 58 Jahre alt, Bronchialkatarrh (62 Wochen krank).

In **Frankfurt a. M.** am 31. Mai der Sandsteinmetz Ludwig Poth, 45 Jahre alt, Blutsturz (5 Wochen krank)

In **Freiburg i. Br.** am 1. Juni der Granitsteinmetz Ludwig Heimerl, 53 Jahre alt, Schlaganfall (über 2 Jahre krank).

In **München** am 2. Juni der Steinmetz Heinrich Blöckner, 37 Jahre alt, Lungenentzündung (11 Wochen krank).

In **Prenzlau** am 3. Juni der Hilfsarbeiter Ernst Zehnke, 58 Jahre alt, Herzschlag.

In **Striegau** am 5. Juni der Brecher Oswald Steller 22 Jahre alt, Lungenentzündung, (2 Wochen krank).

In **Kassel** am 7. Juni der Steinsetzer Justus Dippel 46 Jahre alt, Lungenleiden (10 Monate krank).

Ehre ihrem Andenken!

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag: Ernst Winckler, beide in Leipzig.